

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 68 (1989)
Heft: 2

Artikel: Kein Fortschritt ohne Abrüstung
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340708>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 31.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

keine intakte Heimat mehr zu verteidigen hätte. Das Ozonloch ist tatsächlich gefährlicher als die Russen. Die Politik der verbrannten Tropenwälder ist bedrohlicher als die Angriffsgefahr Moskaus. Deshalb ist Militärpolitik eine Frage des Masses. Die bürgerliche Parlamentsmehrheit war bisher darin masslos. Genau das muss sich ändern. Die Milliarden müssen anders verteilt werden, wenn wir mehr und wirksamer für unsere Sicherheit und für den Frieden investieren wollen. Insofern sind die «Bedingungen» seit Gorbatschows «Perestroika» nicht «schwieriger geworden», sondern hoffnungsvoller.

Weniger EMD könnte auch mehr Sicherheit bedeuten. Der neue Sicherheitsbegriff ist eine Chance, damit es den Menschen nicht verleidet, verteidigt zu werden.

Ein Blick in die Geschichte

Nach einer Woche in der Sowjetunion wäre es vermessen, voreilige Urteile abzugeben oder gar behaupten zu wollen, dieses Riesenreich nun zu kennen. Umgekehrt erleichtert die Visite am «Tatort» die tägliche Lektüre und das Verständnis für politische Zusammenhänge. Die Informationsreise vermittelte unmittelbare Ahnungen über die Dimensionen der in der Sowjetunion anstehenden Probleme, wie sie der Bildschirm oder die Zeitung nicht bieten können.

Bevor wir uns anmassen, über das heutige Sowjetregime zu spekulieren, drängen sich drei Vorbemerkungen auf:

1. Nach der Revolution 1917 übernahmen die Bolschewisten, d.h. Lenin-Kommunisten, ein vollständig ausgeblutetes Land. Der Zar hatte die russische Armee im Ersten Weltkrieg mangels angemessener Bewaffnung rücksichtslos geopfert, von einer Niederlage in die andere geführt. H.G. Wells berichtet in der «Geschichte unserer Welt» von der bitteren Anfangszeit nach der

Oktober-Revolution: «Durch einen fünfjährigen Krieg erschöpft und desorganisiert, kämpfte Russland unter seinen bolschewistischen Führern im Jahre 1919 bei Archangelsk gegen eine britische Expedition, in Ostsibirien gegen japanische Eindringlinge, im Süden gegen rumänische, französische und griechische Truppen, in Sibirien gegen den russischen Admiral Kolttschak und in der Krim gegen General Denikin, der von einer französischen Flotte unterstützt wurde. Im Juli desselben Jahres stiess eine estnische Armee fast bis Petersburg (Leningrad) vor. Im Jahre 1920 griffen die Polen auf französische Anstiftung hin Russland neuerlich an; ein zweiter reaktionärer Abenteurer, General Wrangel, übernahm die Aufgabe Denikins, fiel in sein Heimatland ein und verheerte es. Die russische Regierung überdauerte unter der Führung Lenins alle diese Angriffe. Sie legte eine erstaunliche Zähigkeit an den Tag, und das Volk Russlands stützte sie ohne Wanken trotz des Elends, in dem es sich befand. Zu Ende des Jahres 1921 erfolgte sowohl von seiten Britanniens als auch Italiens etwas wie eine offizielle Anerkennung der Kommunistenherrschaft in Russland. Schon früher,

nämlich 1917, wurde in Brest-Litowsk ein Separatfrieden zwischen Russland und Deutschland abgeschlossen.»

2. Nach dem Tod von Lenin, dem eigentlichen «Gottvater» der Sowjetunion, folgte das inzwischen publik gewordene und noch immer werdende brutale Stalin-System. Millionen von Oppositionellen wurden in dieser Zeit umgebracht, in Zwangsarbeitslager nach Sibirien verbannt, die «Diktatur des Proletariats» wich der Diktatur Stalins. Entsprechend ungenügend vorbereitet stand die Sowjetunion dem Angriff der Hitler-Armee im Zweiten Weltkrieg da.

3. Die Nazi-Wehrmacht rückte bis vor Moskau vor. Auf ihrem späteren Rückzug praktizierten die Deutschen die Politik der «verbrannten Erde». Sie zerstörten, was sie konnten, und töteten, wen sie konnten. Die Sowjetunion überstand zwar den deutschen Angriff nur dank amerikanischer Waffenhilfe, musste aber mit 20 Millionen Toten die grössten Opfer aller kriegsteilnehmenden Staaten erbringen. Am Sieg der «freien Welt» gegen die Nazi-Barbarei hatte die Sowjetunion einen massgeblichen Anteil. Zu dieser «freien Welt» gehört auch die neutrale Schweiz.

Kein Fortschritt ohne Abrüstung

Als am Neujahrstag 1989 der ehemalige US-Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow bereits zum drittenmal im sowjetischen bzw. im amerikanischen Fernsehen direkt Botschaften übermitteln konnten, zeigt sich, dass die ehemaligen Feinde Partner werden können. Wir sollten nicht vergessen, dass die USA und die Sowjetunion im Zweiten

Weltkrieg als Alliierte gemeinsam gegen Hitler-Deutschland gekämpft haben. Die Feinde aus der Zeit des kalten Krieges waren schon einmal Kampfgefährten. Grossmächte verfolgen nicht nur eine Politik der gegenseitigen Machtansprüche und -anerkennung, die Grossmächte sind voneinander auch fasziniert. Den Russen imponieren die USA, das

wird einem ständig bestätigt. Einmal schaute ich im Hotel zwei Stunden lang das sowjetische Fernsehprogramm an. Ich habe zwar kein Wort verstanden, habe aber begriffen, dass andauernd amerikanische Filmberichte gezeigt wurden. Wie man mir sagte, ist das nicht die Fernsehaufnahme.

ZK-Mitglied General W.P. Sstarodubow (ZK = Zentralkomitee der Partei) schilderte uns glaubwürdig die neue Sicherheitspolitik der Sowjetunion. Die Moskauer Führung scheint begriffen zu haben, dass es in einem Atomkrieg keine Sieger mehr geben könnte. Angestrebt wird die gegenseitige Nichtangriffsfähigkeit, eingesehen wird, dass die Sicherheit der Sowjetunion auch die Sicherheit der USA garantieren muss.

Der neue, übrigens von der SPD, d.h. von Egon Bahr, erfundene und von Moskau übernommene Begriff heisst Sicherheitspartnerschaft statt atomares Gleichgewicht des Schreckens. Der genannte General gestand auch freimütig die sowjetische Überlegenheit mit Panzern ein. «Wir sind bereit, unsere Zahl an Panzern auf das Nato-Niveau zu reduzieren. Wir sind überhaupt bereit, auch im konventionellen Waffenbereich im Gleichschritt mit der Nato abzurüsten», meinte er. «Probleme kann die Ausgangslage schaffen, d.h. die <Inventaraufnahme>, wer heute wo und wieviele Waffen und Truppen stationiert hat. Beide Seiten, Nato und Warschauer Pakt, sollen ihre Daten austauschen und Differenzen an Ort und Stelle abklären. Das müsste möglich sein, schliesslich weilen gegenwärtig 360 US-Kontrolleure in der Sowjetunion, um die Vernichtung der Mittelstreckenraketen zu überwachen. 130 sowjetische Experten kontrollieren in den USA.»

Inzwischen hat Michail Gorbatschow vor der Uno dargelegt, dass die Sowjetunion in den

kommenden Jahren 500 000 Soldaten entlassen, 10 000 Panzer und weiteres Kriegsgerät verschrotten wird.

Gleichwohl ist im Westen das Misstrauen gegen Moskau nach wie vor latent. Viele trauen den Russen nicht, anderen kommt die neue Politik ungelegen. «Wir nehmen ihnen das Feindbild weg», triumphiert Gorbatschow. Nun, das Misstrauen war berechtigt. Trotz der Ost-West-Entspannungspolitik von Willy Brandt, die vom Westen akzeptiert worden war, rüstete die Sowjetunion in der Breschnew-Ära weiter auf. Genau mit dieser Politik hat Gorbatschow gebrochen, innen und aussenpolitisch. Wäre die neue Sicherheits- und Abrüstungspolitik nur ein persönlicher Einfall von Gorbatschow, müsste grösste Zurückhaltung geübt werden. Ein konservativer Kommunistenfunktionär erklärte mir dazu folgendes: «Es ist nicht die Frage, ob wir mit allen Vorschlägen Gorbatschows einverstanden sind, ob <Glasnost> und <Perestroika> durchwegs bejaht werden. Wir alle wissen, wenn dieses Experiment scheitern wird, würde unser Land in eine katastrophale Krise geraten.»

Abrüstung als ökonomischer Zwang

Die Sowjetunion gibt bisher 15 bis 16 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Rüstung und Armee aus. Das hält sie nicht mehr durch. Ökonomische Gründe zwingen zur Kursänderung. Die Schweiz beispielsweise gibt 2 Prozent, andere westliche Staaten geben zwischen 2 und 5 Prozent für die Waffen aus. Die Sowjetunion kann sich ohne Abrüstung, kann ohne Reduktion des Militärbudgets ihre marode Wirtschaft niemals sanieren. Es wird auch so noch schwer genug sein. Gorbatschows Verdienst ist es, diesen Sachverhalt erkannt und eine neue Politik, mit der zumindest eine wirtschaftliche und ge-

sellschaftspolitische Sanierungschance besteht oder erhöht wird, eingeleitet zu haben. Die Sowjetunion hat gar keine andere Chance als den Rüstungshaushalt zugunsten ziviler Ausgaben, vorerst und vor allem im Konsumbereich, massiv zu reduzieren.

Am Erfolg interessiert

Der Westen, auch wir Schweizer, müssen daher am Gelingen der Gorbatschow-Reformpolitik existenziell interessiert sein. Ich stelle mir vor, unser Bundesrat müsste dem Schweizervolk eine ähnliche Rosskur verschreiben, müsste weniger Bier und mehr Arbeit fordern, würde den Generälen Panzer und Flieger wegnehmen und wollte die Hälfte der Bundesbeamten entlassen: Genau das fordert Gorbatschow in der Sowjetunion, nur alles in viel grösseren Ausmassen und Dimensionen. Dazu kommen die Nationalitätenprobleme, kommt die Katastrophe in Armenien, kommt die Sabotage in der Lebensmittelversorgung, wie mir der Kiewer Prof. Juri Schtscherbak anvertraute. «Sabotage der Konservativen, die Gorbatschows Politik ablehnen», wie er behauptet.

Die Informationsreise nach Moskau und Kiew hat das Interesse und hat unsere Anteilnahme an der sowjetischen Politik enorm gesteigert. Manches ist unverständlich geblieben, z.B. die Energiepolitik mit Atomkraftwerken trotz «Tschernobyl». Im Friedens- und Sicherheitsbereich aber ist der Mut zur Hoffnung gegeben. Und Mut hat der Erste Mann in Moskau. Möge er Erfolg haben!